

II-2842 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1520 1J

1991-07-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Mag. Schreiner
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Kostenexplosion beim Wiener U-Bahnbau

Der Bund hat mit der Stadt Wien Finanzierungsvereinbarungen getroffen, wonach sich beide Gebietskörperschaften die Kosten für die Errichtung der Wiener U-Bahn je zur Hälfte teilen.

Zeitungsmeldungen zufolge werden nunmehr in einem Rechnungshof-Bericht schwere Vorwürfe gegen die Verantwortlichen des Wiener U-Bahn-Baues erhoben, insbesondere gegen Finanzstadtrat Hans Mayr und Verkehrsstadtrat Johann Hatzl. So sei etwa aufgrund einer krassen Fehleinschätzung die offene Bauweise forciert worden, obwohl sie im Ergebnis deutlich teurer als die Tunnelbauweise gekommen sei und zum Niedergang ganzer Geschäftsviertel geführt habe.

Insgesamt hätten Fehlplanungen und organisatorische Mißverständnisse die U-Bahnlinien U3 und U6 um sechs Milliarden Schilling verteuert, womit die mit dem Bund ursprünglich vereinbarten Gesamtkosten von 23,1 Mrd. Schilling deutlich und weit über dem Baukostenindex überschritten wurden.

Durch die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund sei das Interesse der Stadt Wien sehr gering gewesen, die U-Bahn zügig zu vollenden. Vielmehr seien die Bauarbeiten von Finanzstadtrat Mayr bewußt gebremst worden, damit die Stadt nie über den vereinbarten Hälfteanteil hinaus in Vorlage treten mußte. Diese Vertragsgestaltung habe somit zu Bauverzögerungen und enormen Kostensteigerungen geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Welche Bundeszuschüsse wurden bisher zum Wiener U-Bahn-Bau geleistet und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Jahre?
- 2) Welche Bundeszuschüsse sollen aufgrund der laufenden Finanzierungsvereinbarungen mit der Stadt Wien noch geleistet werden?
- 3) Wie hoch waren die tatsächlichen Mehrkosten bei den U-Bahn-Linien U3 und U6 und inwieweit waren sie auf Fehlplanungen bzw. bloß auf die Baukostenindexsteigerung zurückzuführen?
- 4) Inwieweit mußte sich der Bund an der Finanzierung dieser Mehrkosten beteiligen?
- 5) Welche Möglichkeiten hat der Bund aufgrund der Finanzierungsvereinbarung, seine Interessen bei der Planung und Durchführung des Wiener U-Bahn-Baues zu wahren?
- 6) Inwieweit wurden diese Möglichkeiten des Bundes bisher effizient genutzt?
- 7) Wie lautet die genaue Vertragsgestaltung hinsichtlich der vom Bund und der Stadt Wien zu tragenden Anteile?
- 8) Inwieweit hat diese Vertragsgestaltung der Finanzierungsvereinbarung zu Bauverzögerungen und damit zu Kostensteigerungen beigetragen, weil die Stadt Wien durch den Kostenteilungsschlüssel kaum Interesse an einem rascheren Baufortschritt hatte?
- 9) Welche Konsequenzen werden Sie aus den vom Rechnungshof erhobenen Vorwürfen für den Bund und die zukünftige Gestaltung der Finanzierungsvereinbarungen ziehen?
- 10) Sind Sie bereit, den unterzeichneten Abgeordneten ein Exemplar der Finanzierungsvereinbarungen zur Verfügung zu stellen?